

Constantinos Simitis

Από: Stournaras Yannis
Αποστολή: Σάββατο, 23 Απριλίου 2011 2:52 μμ
Προς: csimitis@otenet.gr
Θέμα: FW: Interview Suddeutsche Zeitung
Συνημμένα: IV Yannis Stournaras.pdf

Αρχικό
Μεταφράστηκε
B

62

Αγαπητε Προεδρε, Καλη Ανασταση!

Επισυναπτω σημερινη συνεντευξη μου στη SZ.

Με εκτιμηση και φιλια

Γιαννης Στουρναρας

-----Αρχικό μήνυμα-----

Από: Kai Strittmatter
Αποστολή: Σαβ 23/4/2011 11:51 πμ
Προς: Stournaras Yannis
Θέμα: Interview Suddeutsche Zeitung

Dear Yannis,
thanks a lot for the - once more - very enlightening - interview.
It is published in today's SZ so you can actually get it at the kiosks in Athens today, but I am attaching a pdf-file with the whole page to this email - it made page one of our economic section. The title reads "This would be the end of the Euro" so I'm sure it'll get the necessary attention ...
Best regards - and good luck!

Kai

Kai Strittmatter
Suddeutsche Zeitung

Sumer Korusu
Kasimpati Sokak No. 21
34457 Tarabya / Istanbul
Turkei

Mobil:
Tel:
Fax:

www.sueddeutsche.de

Information from ESET Smart Security, version of virus signature database 6073 (20110426)

The message was checked by ESET Smart Security.

<http://www.eset.com>

Kommentar

Anämie aus Amerika

Das große Sparen wird das Wachstum der Weltwirtschaft schwächen

Von Nikolaus Piper

Es war ein kurzer, aber heftiger Schock. Nachdem die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) den Kreditstatus für die Vereinigten Staaten von "stabil" auf "negativ" gesenkt hatte, brachen weltweit die Aktienkurse ein, die Zinsen für amerikanische Staatsanleihen stiegen, der Goldpreis schoss in die Höhe. Zum Ende der Woche ist wieder alles beim Alten. Die Aktien haben sich erholt, US-Anleihen sind gefragt, an den Börsen redet man von anderen Dingen. Damit ist das Schuldendrama in Washington nicht beendet. Im Gegenteil: Alles bleibt ungetriggert. Wenn Demokraten und Republikaner nicht nachgeben, erreicht die Regierung am 16. Mai die gesetzlich festgelegte Schuldenobergrenze von 14,29 Billionen Dollar. Dann können die USA vom 8. Juli an ihre Schulden nicht mehr bedienen. Und was die langfristigen Perspektiven für den Haushalt – also das eigentliche Anliegen der Ratingagentur – betrifft, trennen sich Präsident Barack Obama und seine republikanischen Gegner weiterhin. Obama will den Kern des amerikanischen Sozialstaats, wozu auch seine Gesundheitsreform gehört, behaupten, während die Republikaner dagegen versuchen, den Staatsanteil auf ein

höherer Schuldenobergrenze und entschärfen die Haushaltsregeln mittelfristig, die Grundprobleme bleiben aber ungelöst. Das würde, wie heute schon, latente Unsicherheit über die Haushaltspolitik bis Szenario Nummer drei, die amerikanische Politik einigt sich auf einen historischen Haushaltskompromiss. Ein Konzept dafür gibt es durchaus – es ist der Abschlussbericht der überparteilichen Haushaltskommission, die Obama noch 2010 eingesetzt hatte. Die Experten wollen bis 2020 vier Billionen Dollar aus dem Haushalt streichen. Der Bericht ist das heute, was in Washington bisher vorliegt – doch niemand, auch nicht Obama, hat bisher den Mut, sich vorbehaltlos hinter ihn zu stellen.

Sollte sich dies jedoch ändern und würde Amerika radikal sparen, wären die Konsequenzen epochal. Es wäre eine der größten Sanierungsmaßnahmen in der Geschichte – wegen der Höhe des Defizits, aber auch wegen der schieren Größe des Landes. Eine einfache Rechnung zeigt dies: Nach einer Fastregel muss die Größe der Schuldenberg im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nicht weiter wachsen, der „Primärhaushalt“ ausgeglichen sein, also der Gesamthaushalt ohne Zins und Tilgung. Der Primärhaushalt der USA hat derzeit ein Defizit von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese sechs Prozent müssten gespart oder durch Steuern zusätzlich finanziert werden, nur damit sich die Lage nicht weiter verschlechtert. Das wären knapp 900 Milliarden Dollar, die der Nachfrage nicht nur in den USA, sondern der Weltwirtschaft entzogen würden. In Wirklichkeit wäre die Summe aber viel größer, denn es soll nicht nur der Status quo gewahrt, sondern verbessert werden.

Da auch andere Länder konsolidieren, würde die Weltwirtschaft insgesamt gebremst. Wachstum käme lediglich von den Schwellenländern – eine Konstellation, die es in der Geschichte noch nicht gegeben hat. Auch für die Deutschen würde die Lage grundlegend ändern: Die Bundesregierung hatte bisher immer, wenn sie sparte, das Glück, dass es andere Länder gab, die dies nicht taten und den Deutschen ihre Exportwaren abnahmen. Wenn die große Volkswirtschaft der Erde massiv spart, ist dies nicht mehr automatisch der Fall.

Anders gewendet: Wenn die USA das tun, was die anderen von ihnen verlangen, dann wird in nächster Zeit ein Wachstum der Weltwirtschaft die Folge sein. Der Einbruch wird nicht von Dauer sein, denn irgendwann profitiert die Wirtschaft von den sanierten Staatsfinanzen. Aber erst einmal beginnen die schwierigen Zeiten. Darauf sollten sich die anderen Staaten einstellen, auch wenn noch gar nicht klar ist, ob die USA die Kraft zur Konsolidierung finden werden.



Proteste in Athen gegen die Sparpolitik sind inzwischen Routine. Auch den Internationalen Währungsfonds, der sich auf Englisch IMF abkürzt, trifft die Kritik. Dabei stellt der Fonds mit der EU viel Geld für das Land bereit. Im Juni dürfte es wieder heiß hergehen: Dann kommt das nächste Sparpaket ins Parlament. AFP

„Das wäre das Ende des Euro“

Griechenlands bekanntester Ökonom über eine Umschuldung, die Staatsreform und die Deutschen

Das letzte Mal gab Yannis Stourmaras, 54, im April 2010 der Süddeutschen Zeitung ein Interview. Der erste Chefunterhändler Griechenlands bei der Einführung des Euro leitete die Stiftung für Wirtschaftsstudien OGE in Athen und ist der bekannteste unabhängige Ökonom des Landes. Ein Gespräch zum Jahrestag der Krise.

SZ: Herr Stourmaras, vor einem Jahr stand Griechenland einen Schritt vor dem Abgrund. Wo steht es heute?

Yannis Stourmaras: Noch immer dort (lacht). Aber es geht uns besser als vor einem Jahr. Vor allem bis Ende 2010 liefen die Dinge gut, es gab viele Reformen. Aber jetzt sehe ich eine Ermüdung. Die Einnahmen bleiben hinter den Erwartungen zurück. Manche Minister streuen sich gegen weitere Kürzungen. Und auch das Privatisierungsprogramm ist nicht so mutig, wie ich das geschafft hätte. Es brauchte eher die Intervention des Premierministers.

SZ: Premier Giorgos Papandreou agiert oft zögerlich?

Stourmaras: Genau. Viele seiner Leute sind nett, aber ohne jede Regierungserfahrung. Der politische Wille ist schon da, aber wie sagt die Bibel? Der Geist ist willig, jedoch das Fleisch ist schwach. Aber im Moment gibt es noch ein größeres Problem.

SZ: Nämlich?

Stourmaras: Die ambivalente Haltung Deutschlands. Ständig werden neue Äußerungen aus der deutschen Regierung in der Presse lanciert. Äußerungen, die im Widerspruch stehen zur Politik der Europäischen Zentralbank. Ich erinnere mich an die neunziger Jahre, als wir darum kämpften, in die Euro-Zone aufgenommen zu werden. Damals verhandelte ich

„Es ist wie in der Bibel: Der Geist ist willig, das Fleisch jedoch ist schwach.“

sechs Monate lang mit den Deutschen – und absolut nichts davon gelangte an die Presse. Jetzt aber sieht es so aus, als würde Deutschland nicht, was es wollte. Eine Umschuldung? Welche Art von Umschuldung? Bestimmte Formen wären katastrophal. Ein „Haircut“ zum Beispiel.

SZ: Dieses Wort machte bereits vor einem Jahr Karriere. Gemeint ist, dass die Gläubiger Griechenlands, also auch deutsche Banken, auf einen Teil ihres Geldes verzichten. Welche Folgen hätte ein solcher Schuldenschnitt?

Stourmaras: Griechische Banken hätten kein Kapital mehr, unsere Sozialversicherungsfonds würden 15 Milliarden Euro verlieren. Sie bräuchten eine Rekapitalisierung von 20 Milliarden Euro. Wo sollen die herkommen? Wichtiger noch ist die Gefahr des Domino-Effekts. Die Investoren würden sich sofort fragen: Wer ist der Nächste? Irland, Portugal, Spanien? Meiner Meinung nach wäre das ein Desaster. Das Ende des Euro.

SZ: Wie sollte sich die Bundesregierung verhalten?

Stourmaras: Wir bitten nicht um Geldgeschenke. Wir wollen Brückenkapital, einen Kredit. Ein Land ist keine Firma, ein Land hat Souveränität. Das heißt, es kann Steuern erheben, Ausgaben kürzen und Eigentum verkaufen, um die Finanzen zu sanieren. Der populistische An-



Deutschland-Kritiker Stourmaras: „Das ist Folter.“ Foto: NewsTime

satz jener Deutschen, die sagen: Wir geben unser Geld den Griechen nicht, der ist nicht fair. Ihr leihst uns Geld, und wenn wir zurückzahlen, verdient ihr noch daran.

SZ: Es ist wohl dieses „Wenn wir zurückzahlen“, das Sorgen macht. Sollen die Äußerungen aus Berlin vorbereitet auf eine Umschuldung?

Stourmaras: Das ist keine Vorbereitung, das ist Folter. Und es ist nicht sehr klug. Aber ich kann mir vorstellen, warum es das machen. Wenn du keine Lösung hast, dann denkst du einfach laut vor dich hin und erweckst so den Anschein, du hättest etwas in der Hinterhand. Sie haben Angst vor der deutschen Öffentlichkeit. Sie wollen nicht nächstes Jahr wieder dastehen und sagen: Wir brauchen noch einmal 50 Milliarden Euro für Griechenland.

SZ: Vielen Deutschen erscheint Ihr Land wie ein Pass ohne Boden. Auch mit immer neuen Krediten geht die Staatsschuldung nicht entscheidend zurück.

Stourmaras: Ich glaube an die Macht von Staaten, den Lauf der Dinge zu ändern. Natürlich muss man den Ministerpräsidenten Papandreou unter Druck setzen, damit er das Richtige tut. Das macht die Troika aus EU-Kommission, Zentralbank und IWF. Mit ihrer Hilfe versucht er nun, das Haus in Ordnung zu bringen. Und wenn einige seiner Minister nicht mitmachen, sollten sie gehen.

SZ: Aber die griechischen Schulden wachsen trotz des harten Sparpakets weiter, liegen bei mehr als 150 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Stourmaras: Griechenland hat viel Staatseigentum, das es verkaufen kann, mehr als 280 Milliarden Euro.

SZ: Und mehr als 300 Milliarden Euro an Verbindlichkeiten.

Stourmaras: Aber wenn wir jetzt für 50 Milliarden privatisieren, dann lägen unsere Schulden schon im europäischen Durchschnitt – bei etwa 125 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das wäre der entscheidende Unterschied zu jetzt.

SZ: Was soll Griechenland verkaufen?

Stourmaras: Die Staatsanteile an Firmen, an den heiligen Kühen wie den Versorgungsunternehmen. Oder Land. Marokko nutzt Staatsland für den Bau von Luxushäusern, um die Babyboomer aus Europa anzulocken. Griechenland hat sein Arsenal noch lange nicht ausgeschöpft – wenn es jetzt kapituliert vor dem Bankrott, wäre das dumm und erbärmlich.

SZ: Was kann die Regierung in Athen tun?

Stourmaras: Das Rettungspaket hat einen Schwachpunkt. Es übersieht, dass die Wirtschaft stimuliert werden muss. Der private Konsum ist eingebrochen, die öffentlichen Investitionen sind brutal abgestürzt. Ich habe einen simplen

Vorschlag: Es liegen noch 17 Milliarden Euro in den Strukturfonds der EU für Griechenland bereit für die nächsten drei, vier Jahre. Das Land kann sie aber nicht abrufen, wenn es ein Drittel der Summe selbst beisteuert, so sind die Regeln. Warum erlauben wir nicht Ländern in Not, die Gelder nun in den schlimmsten Zeiten abzurufen – und den eigenen Anteil später, also 2013 oder 2014, nachzuschließen? Das würde uns sehr helfen.

SZ: Wo steht es eigentlich um die Strukturreformen in Ihrem Land, die groß angekündigt wurden?

Stourmaras: Der Umbau hat begonnen, wenn auch zu langsam. Aber es öffnen jetzt bislang geschlossene Berufsgruppen: Lkw-Fahrer, Anwälte, Apotheker. Das wird Wachstum erzeugen. Leider ist unsere Regierung nicht die professionellste. Sie redet oft zu viel und tut zu wenig. Sie sollte sich der Hilfe von Profis bedienen, bei der Steuerhinterziehung zum Beispiel. Warum sollen nicht auch private Buchhaltungsfirmen in öffent-

„Papandreou hat die Chance, zum kleinen Kreis der Ausgewählten zu gehören.“

chem Auftrag arbeiten? Sie wissen, wo man suchen muss in verdächtigen Firmen. Wir haben leider so viele Jahre verloren zuvor. Erst jetzt, unter der Troika, machen wir Reformen. Ich hoffe sehr, dass der internationale Druck bleibt.

SZ: Mit der Meinung stehen Sie in Ihrem Land ziemlich allein.

Stourmaras: Ich weiß. Aber ich will mehr Entschlossenheit von der Regierung. Ich will nach Ostern ein einflussreiches Programm sehen, wie wir das Defizit auf drei Prozent senken. Noch nicht haben wir so viel Hilfe vom Ausland.

SZ: Da klingt nach Zukunftsmusik durch. Was macht Sie optimistisch?

Stourmaras: Erstens meine DNA (lacht). Und dann die griechische Geschichte. Wir sind durch so viele schwere und blutige Zeiten gegangen, und wir haben es immer geschafft. Wir hatten oft Populisten an der Spitze, aber wir hatten auch immer das Glück, in schweren Zeiten echte Modernisierer als Führer zu haben. Es waren nicht immer die besten, aber sie haben den Unterschied aus Papandreou hat die Chance. Entweder er gehört zum kleinen Kreis der Ausgewählten – oder er wird der Mann sein, der den Bankrott Griechenlands unterzieht.

Interview: Kai Strittmatter

Die Kutter bleiben im Hafen

Fetter Fang, magere Preise – Alarm bei den deutschen Krabbenfischern. Die Großhändler zahlen immer weniger

Von Björn Finke

München – Sie gehören zum Nordsee-Ulraib wie Tee mit Rum, kirschdunklen Möwen oder das Wagnis der bunten Kutter der Krabbenfischer in den Häfen. Doch das Idyll ist in Gefahr – der Preis für Nordseekrabben ist so stark gefallen, dass sich Fangfahrten nicht mehr lohnen. Die Fischer hängen um ihre Existenz. „Wer jetzt noch fährt, verbrennt nur sein Geld“, klagt Andre Hamann. Zahlten die Großhändler nicht wieder mehr für die Nordseekrabben – die eigentlich Garnelen sind –, müssten die Fischer über einen vorläufigen Fangstop nachdenken, sagt der Kapitän aus Büsum in Schleswig-Holstein, der zugleich die Sparte Krabbenfischer im Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer leitet.

Die etwa 400 Krabbenkutter-Fischer in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden verkaufen ihre Ladung an nur zwei Krabben Großhändler. Und denen

ist das Kilo bloß noch 1,27 Euro wert, wie der Deutsche Fischerei-Verband in Hamburg zu Ostern berichtet. Vor zwei Jahren wurde das Droschke gezahlt. Zu den hohen Treibstoffpreisen müssen vier Euro pro Kilo bekommen, um die Kosten zu decken“, sagt Hamann.

Schon vor Wochen haben sich die deutschen Fischer deshalb teilweise Zwangsurlaub auferlegt. Zumindest an den Wochenenden bleiben die Kutter in den Häfen. Das Kalkül: Zum einen ist das Geschäft gerade sowieso nicht profitabel, zum anderen klettert die Preise, wenn das Angebot an Krabben sinkt. Doch bisher ist das Kalkül nicht aufgegangen. Darum werden die Methoden der Fischer risikoreich. Ende März hinterunt um die 40 Fischer einen niederländischen Krabbenkutter am Entladen in Büsum – die Deutschen waren sauer, dass sich der Krabbe aus dem Nachbarland nicht an das arbeitsfreie Wochenende hielt.

Ursache des Preisverfalls ist etwas, das eigentlich wie eine angenehme Nachricht klingt: Die Bestände an Krabben und Schellen in der Nordsee sind gut wie lastig nicht mehr bewegen können sich die Fischer seit vergangener November über prächtige Fänge freuen. Dieses große Angebot drückt auf die Preise. Und weil das bei den Schellen genauso ist, sind die Kutterkaperer Verbände prangend, „kaltblutige Niedrigpreispolitik gegenüber den Krabben Großhändlern“ an. Diese geben den Druck dann weiter.

Die Misere trifft eine Branche, die ohnehin Probleme hat. Die Krabbenfischerei möchte beliebt Fotomotive sein, aber ihr Job ist schwerer geworden. Sicherheits- und Umweltauflagen der Europäischen Union erhöhen die Kosten, außerdem sind die Kutterkaperer Verbände in der Engpass in Deutschland. Windkraftanlagen auf See erfroren Atomgeneratoren, doch die Fischer ärgern sich darüber, dass die Windräder und die Atomkraftwerke als lukrativen Fanggründen vertreiben. Kilowattstunden statt Krabben.



Krabbenkutter aus Greetstel in Ostfriesland. Das Geschäft lohnt sich kaum noch. Foto: dpa

Griechenland – der Ausverkauf beginnt

Die Nachricht ist seit vielen Monaten die gleiche: Es muss gespart werden. Viele Staatsbetriebe und Firmen mit Staatsbeteiligung stehen zum Verkauf: Eisenbahn, Lotterien, Elektrizitätsgesellschaft. Auch die restlichen 20 Prozent der Aktien am Telefonkonzern OTE, der zu 30 Prozent der Deutschen Telekom gehört, dürfen verkauft werden. Die Rüstkosten der Bundeswehr sollen um 1,2 Milliarden Euro sinken, griechische Botschaften und Konsulate zusammengelegt oder geschlossen werden. Auch Häfen und Flughäfen, alles Gegenstände von Privatisierungsprojekten. Im

Die Löhne der Spitzenbeamten sollen noch mal gekürzt werden. Viele Staatsbetriebe und Firmen mit Staatsbeteiligung stehen zum Verkauf: Eisenbahn, Lotterien, Elektrizitätsgesellschaft. Auch die restlichen 20 Prozent der Aktien am Telefonkonzern OTE, der zu 30 Prozent der Deutschen Telekom gehört, dürfen verkauft werden. Die Rüstkosten der Bundeswehr sollen um 1,2 Milliarden Euro sinken, griechische Botschaften und Konsulate zusammengelegt oder geschlossen werden. Auch Häfen und Flughäfen, alles Gegenstände von Privatisierungsprojekten. Im

Juni werden die Pläne im Parlament debattiert – es dürfte viel Protest geben. Die Lage ist fatal, auch weil das Hilfsprogramm der EU und des internationalen Währungsfonds 2012 ausläuft. Es unterstützt Griechenland mit 110 Milliarden Euro. Die Arbeitslosigkeit aber stetig um vier Punkte auf 15,7 Prozent. Die Wirtschaft schrumpft, und die Gesamtschulden sind 1,5 Mal so groß wie die Wirtschaftsleistung. Der Staat muss inzwischen fast 1,7 Prozent Zinsen zahlen, wenn er sich Geld auf zehn Jahre leihen will. Was wird aus diesem Land? ja.